



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 28. April 2023 |  
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Woche in Berlin stand verkehrlich im Zeichen von Straftaten wie Nötigung, gefährlichen Eingriffen in den Straßenverkehr und Sachbeschädigung. Die radikalen Aktivisten der „Letzten Generation“ haben mit ihrer Ankündigung, Berlin lahmlegen zu wollen, sowie ihren Blockaden – auch von mehr als 100 Rettungsfahrzeugen – vor allem eines demonstriert: Ihre eigene, vollständige Abkehr von einem zivilisierten, demokratischen Diskurs. Die selbstgerechte Ermächtigung und die Anmaßung, sich über die Rechtsordnung stellen zu können, wird in der Breite der Bevölkerung scharf kritisiert. Auf den Punkt gebracht: Die Begehung von Straftaten ist kein Katalysator für wirksamen Klimaschutz! Ich finde es gut, dass die Untragbarkeit solcher Proteste mittlerweile, wenn auch nach einer langen Lernkurve, sowohl von Fridays for Future als auch von den Grünen erkannt und kritisiert wird.

Politisch hatten wir eine abwechslungsreiche Woche, im Übrigen auch mit vielen afrikapolitischen Themen. So haben wir uns im Parlament mit dem Friedensprozess in Äthiopien, der Politik im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika sowie mit drei Bundeswehreinsetzungen befasst. Am Mittwoch haben wir anlässlich des Ausbruchs von gewaltsamen

Konflikten zwischen den zwei mächtigsten Generälen des Landes und ihren Einheiten im Sudan die Evakuierungsmission der Bundeswehr nachträglich genehmigt. Ebenso haben wir am gleichen Tag die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes im Mittelmeer beschlossen. Hierbei steht die Durchsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen Libyen sowie die Bekämpfung von Menschen schmuggel im Vordergrund.

Kontroverse Debatten haben wir am Donnerstag auch zur Fachkräfteeinwanderung geführt. Die Unzulänglichkeiten der Praxis liegen derzeit nicht am Regime der Fachkräfteeinwanderung. Hier hat Deutschland seit 2020 eines der liberalsten Regimes.

Das Problem liegt vielmehr an der Einwanderungsbürokratie; insbesondere die langsamen Visa-Verfahren sind der Flaschenhals. Intensiver informiere ich Sie auf der nächsten Seite zur Wolfspopulation und dem Umgang mit ihr – auch vor dem Hintergrund von vermehrten Vorkommnissen in meinem Wahlkreis – sowie zu unserem Antrag zur Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Herzlichst,  
Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Antrag zur Asyl- und Flüchtlingspolitik**
- **Initiative: Bejagung des Wolfes ermöglichen**
- **Rede zum Friedensprozess in Äthiopien**
- **Gute Nachricht der Woche: Tatort-Dreh im Taunus**

## Nach dem Kommunalgipfel: Antrag zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

**A**m 30. März 2023 haben wir als Unionsfraktion die Entscheidungsträger der kommunalen Ebene nach Berlin eingeladen. Aus meinem Wahlkreis waren dabei insgesamt sechs Vertreter nach Berlin gereist und konnten sich einbringen. Die Bereitschaft, geflohenen Menschen in Not beizustehen, ist überall in unserem Land nach wie vor groß. Die faktischen Ressourcen für die Aufnahme weiterer Asylbewerber stoßen aber an ihre Grenzen stoßen.

**Standpunkt:** *Es fehlt an mehr als nur an Geld: Es mangelt an Wohnraum, Kinderbetreuung und Kapazitäten in Behörden und Schulen. Auf wirksame Hilfe der Bundesregierung konnten die Kommunen bisher nicht zählen: Die beiden „Flüchtlingsgipfel“ bei der Bundesinnenministerin blieben ohne Ergebnis. Wir teilen die Sorge der Kommunalpolitiker um die Akzeptanz des Asylsystems. Deshalb haben wir im Nachgang zum Kommunalgipfel einen Leitantrag für diese Sitzungswoche mit den Kommunen erarbeitet und abgestimmt. Darin fordern wir: Die Migrationspolitik muss endlich Chefsache innerhalb der Bundesregierung werden. Die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, muss spürbar reduziert und gesteuert werden. Auch muss der Bund den Kommunen bei den entstehenden Kosten zur Seite stehen.*

*Nur so können wir die Kommunen entlasten und die Akzeptanz für die humanitäre Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige erhalten. •*

## CDU-/CSU-Initiative zur Bejagung des Wolfes.

**D**ie Wolfspopulation in Deutschland wächst. Die daraus resultierenden zunehmenden Schäden durch Angriffe auf Weide- und Haustiere rücken weiter in den Vordergrund. Auch in meinem Wahlkreis gab es zahlreiche Vorkommnisse, v.a. im Usinger Land. Erst am Montag wurde berichtet, dass in Eschbach (Usingen) zwei Schafe und ein Lamm gerissen wurden. Mit unserer Initiative haben wir die berechtigten und zunehmenden Sorgen der Weidetierhalter sowie der Bevölkerung in den ländlichen Regionen aufgegriffen.

**Standpunkt:** *Die bisherigen Präventionsmaßnahmen haben nicht die gewünschten Erfolge gebracht. Deswegen brauchen wir jetzt ein aktives Wolfsbestandsmanagement. Konkret wird die Bundesregierung u.a. dazu aufgefordert, den Erhaltungszustand des Wolfes unverzüglich zu definieren und eine rechtssichere Entnahme zu ermöglichen. Nur durch die längst überfällige Bestätigung eines guten Erhaltungszustands der Wolfspopulation in Deutschland sowie durch ein nachhaltiges Bestandsmanagement können die berechtigten Interessen der Bevölkerung, der Weidetierhalter und des Artenschutzes unter einen Hut gebracht werden. •*

## Gespräch mit Generalkonsul Südkoreas in Frankfurt.



**B**evor es für mich in dieser Woche nach Berlin ging, habe ich – gemeinsam mit dem Landrat des Hochtaunuskreises, Ulrich Krebs (CDU) – den Generalkonsul der Republik Korea in Frankfurt, Herrn Kyungsok Koh, zu einem Gespräch getroffen. Neben einer engeren wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit ging es bei unserem Treffen um die Situation der bei uns lebenden Koreaner sowie die Beschleunigung von Visaanträgen.

Herzlichen Dank für den interessanten Austausch, lieber Herr Generalkonsul. •

## Meine Rede zum Friedensprozess in Äthiopien.

**I**n dieser Sitzungswoche habe ich im Rahmen meiner Zuständigkeit in der Arbeitsgruppe Auswärtiges zum Friedensprozess in Äthiopien gesprochen. Die Rede finden Sie hier im Wortlaut des Manuskripts:

*Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,*

*zunächst einmal möchte ich die antragsstellenden Fraktionen würdigen, dass Sie viele richtige und wichtige Punkte in Ihrem Entwurf formulieren. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßen natürlich ausdrücklich die Bemühungen der äthiopischen Regierung, um den Konflikt in der Tigray-Region zu lösen und den Frieden im Land wiederherzustellen.*

*Allerdings dürfen wir nicht übersehen, dass der Friedensprozess in dem Land durch die Beteiligung Eritreas an diesem Konflikt weiterhin unter schwierigen Vorzeichen steht. Ein Land, das in der Vergangenheit wiederholt versucht hat, seine territorialen Ansprüche auf äthiopischem Gebiet geltend zu machen und dessen Präsident Isayas Afewerki, gewissermaßen aus dem „toten Winkel der Weltöffentlichkeit“ agiert, so wie ZEIT Online ihn in einem Portrait vom Januar 2023 charakterisiert hat.*

*Das Zweckbündnis zwischen ihm und der äthiopischen Zentralregierung unter Führung von Abiy Ahmed hat zu einer beispiellosen humanitären Krise in Tigray geführt. Eritreische Truppen haben sich an der Vertreibung von Zivilisten, Vergewaltigungen und Morden – ja mutmaßlich Kriegsverbrechen – beteiligt.*

*Im eigenen Land besteht ein System, dass sich durch einen umfassenden Wehrdienst auszeichnet, der für die meisten Betroffenen ein Zwangsarbeitsdienst zum Hungerlohn*

ist. Laut UNHCR und weiterer Organisationen sind in den vergangenen Jahren knapp eine halbe Million Eritreer vor diesem Zwangsarbeitsdienst geflohen.

Auch in unserem Land gibt es eine große eritreische Diaspora-Gemeinde. Regelmäßige Überweisungen der Exilanten an die eigenen Angehörigen vor Ort bilden ein soziales Netz, das gleichzeitig die dortige Regierung entlastet.

Die Führung in Asmara kam sogar auf die Idee, für Auslandseritreer eine Diaspora-Steuer von 2% ihres Einkommens zu erheben – ein Vorgehen, das 2011 durch die Bundesregierung zumindest für Deutschland unterbunden wurde.

Dennoch schätzt eine Untersuchung des britischen Parlaments aus dem vergangenen Jahr, dass eine hohe Zahl an Auslandseritreern diese Zahlungen über informelle Netzwerke leistet, aus Furcht vor Repressionen gegen die eigenen Angehörigen. Kein geringer Teil dieser Zahlungen fließen in das hochgerüstete Militär des Landes.

Gerade auch weil Deutschland Geflüchtete aus Eritrea aufnimmt, muss es sich dieser Diasporasteuer als Finanzierungsquelle für den Tigray-Krieg zuwenden. Untersuchen wir die Zahlungsströme, verfolgen wir die Knotenpunkte in Deutschland, über die diese Zahlungen abgewickelt werden!

Hier können wir nicht nur ein wichtiges politisches Signal setzen, sondern aktiv zur Entschärfung des Konflikts beitragen, wenn wir diese Finanzierungsquelle für das

eritreische Militär trockenlegen. Dieser Aspekt war mir nochmal für meine Fraktion wichtig zu betonen! •

### Die gute Nachricht der Woche:

## **Tatort-Dreh im Hessenpark.**

Unsere Heimat im Taunus ist durch ihre schöne Landschaft nicht nur ein touristischer Anziehungspunkt, sie bietet sich auch hervorragend als Kulisse für Film und Fernsehen. Zum wiederholten Male ist der „Tatort“ des Hessischen Rundfunks auch wieder bei uns zu Gast. In „Murot und das 1.000-jährige Reich“ ermittelt Ulrich Tukur u.a. im Neu-Anspacher Hessenpark. Die dortigen Kulissen böten optimale Bedingungen, um die Atmosphäre des Kriegsjahres 1944 einzufangen, so Tukur, der in diesem HR-Tatort in eine Doppelrolle schlüpfen und eine Zeitreise ins Dritte Reich unternehmen wird. Wann er zu sehen sein wird, steht noch nicht fest. Ich freue mich schon auf einen spannenden Kriminalfall in uns bekannter Umgebung. •